

## Ökumenische Nachrichten

### Maßstäbe des interkonfessionellen Gesprächs

Das interkonfessionelle Gespräch in Deutschland erleidet seit einiger Zeit ernste Störungen, die weitgehend auf gegenseitigen Mißverständnissen beruhen und hauptsächlich von kleinen, aber publizistisch wirksamen Gruppen ausgehen. Der Konflikt wird hier bereits durch eine dokumentarisch belegte Schuldlegende verfestigt. Darum begrüßen wir es, daß wir aufgefordert werden, uns auf die gültigen Maßstäbe des Gesprächs zu besinnen. Das tun wir hier, besonders insoweit es Öffentlichkeitsbedeutung hat und ein bedrohtes Politikum des Friedens darstellt. Darum kann von dem guten Gespräch abgesehen werden, das seit einem Jahrzehnt vorbildlich in bedeutenden theologischen Gremien zur gegenseitigen Klärung des Dogmas geführt wird. Hier wurden kontroverstheologische Partner, die einander in der Sache nichts schuldig bleiben, persönliche Freunde, ohne die Wahrheit zu verraten. Außer einigen Quertreibern hat sich bisher kein ernster Mensch gefunden, der diese Gespräche stören wollte. Auch das wachsame Rom läßt sie geschehen und lernt aus ihnen. Das gleiche gilt von den mancherlei Gesprächen im Rahmen der sogenannten Una-Sancta-Arbeit. Sie gehen friedliche Wege, seit man auf beiden Seiten — teilweise dank der klärenden *Instructio* des Heiligen Offiziums *Ecclesia Catholica* vom 20. Dezember 1949 — erkannt hat, daß es keine Synthesen auf Kosten der Wahrheit geben darf, keine Regensburger Kompromisse nach dem Muster von 1541. Diese Art von Gesprächen vollziehen sich überdies mehr oder weniger außerhalb der politischen Öffentlichkeit, und das ist gut so.

Anders die Gespräche zwischen katholischen und evangelischen Politikern innerhalb der CDU/CSU über eine praktische Zusammenarbeit. Es liegt in der Natur der Sache, daß es hier auch Spannungen gibt. Selten gelangen sie an die Öffentlichkeit. Zwar ist die Zusammenarbeit seit dem Tode von Hermann Ehlers und Robert Tillmanns nicht leichter geworden, aber man findet immer wieder zweckmäßige Lösungen. Soeben erst hat Bundesminister Dr. Schröder gemeinsam mit Bundesminister Prof. Dr. Erhard vor der Hermann-Ehlers-Gesellschaft in Düsseldorf die Bedeutung der politischen Arbeitsgemeinschaft evangelischer und katholischer Christen in der CDU/CSU unterstrichen: „Diese Zusammenarbeit der Konfessionen im politischen Raum hat sich, wie man ohne Übertreibung sagen kann, seit 1945 entscheidend bewährt. . . Hier ist das Bewußtsein von der Notwendigkeit gemeinsamer christlicher Zusammenarbeit im öffentlichen Raum am lebendigsten geblieben, hier hat das Erbe gemeinsam durchlittener Not aus der Zeit der Kirchenverfolgung des Dritten Reiches bis auf den heutigen Tag seine eigentliche Heimstatt gefunden.“ Dieses christliche Verantwortungsgefühl müsse immer weiter um sich greifen und in der Gestaltung des ganzen öffentlichen Lebens zum Ausdruck kommen. Es ist bisher immer noch gelungen, die konfessionellen Sonderbelange in den Gremien der Partei scheidlich-friedlich auszuhandeln. Jedermann kennt auch das ausgezeichnete Verhältnis zwischen Prälat D. Kunst, dem Vertreter der EKD in Bonn, und Prälat Böhler, dem Vertreter des deutschen Episkopats.

Trotzdem geht durch Westdeutschland eine Protestwelle gegen einen „militanten Katholizismus“ oder gegen „strategische Großangriffe“ der katholischen Kirche. Sie

nagt auch am Reichskonkordat. Man ärgert sich über diese und jene katholischen Sonderwünsche, etwa hinsichtlich einer antiquierten Diskriminierung kirchlicher Eheschließungen vor der standesamtlichen Legitimierung oder ohne sie, obwohl das nach Lage der Dinge immer nur ein Prinzip mit einigen Ausnahmefällen bleiben wird, weil kein Mensch sich unnötig des staatlichen Rechtsschutzes berauben wird. Niemöllers „Stimme der Gemeinde“ entfesselt neuerdings geradezu einen Feldzug gegen das Konkordat und hat im März ein Sonderheft gegen „die Gültigkeit und Zweckmäßigkeit des Reichskonkordates“ veröffentlicht. Die „Reformierte Kirchenzeitung“ bringt aufgeregte Kommentare über die „bestürzende Nachricht“ vom Besuch des Bischofs D. Otto Dibelius beim Papst und unterbricht sie in Fettdruck mit Lutherziten gegen das „Teufelsregiment des Papstes“, die man kaum in lutherischen Zeitschriften antreffen würde. Wesentlich vornehmer, in der Sache aber kaum anders, ist die Aufklärungstätigkeit des Evangelischen Bundes durch den Bensheimer „Materialdienst“, der schon seit längerem gegen das „dolose Konkordat“ angeht.

Am deutlichsten geschieht dieses Aufbegehren neuerdings im „Informationsblatt“ der niederdeutschen lutherischen Landeskirchen. Es veröffentlichte eine große Klage über die Unterdrückung jener Protestanten in Spanien, für welche die Lutheraner in Deutschland bisher wenig Verständnis zeigten. Ihre Berechtigung prüfen wir an anderer Stelle dieses Heftes (S. 357). Die „katholische Nervosität“, die in dieser Sache beklagt wird, so heißt es, habe wahrscheinlich ihren Grund darin, daß wir Katholiken „insgeheim das heutige Spanien als einen Idealfall eines katholischen Staates“ ansehen. So werde „das Mißtrauen innerhalb der evangelischen Christenheit Deutschlands noch größer, die den Verdacht hat, daß von katholischer Seite kaum Gewissensbedenken beständen, in Deutschland ebenfalls von neuem wie zur Zeit der Gegenreformation mit Gewalt gegen die evangelische Christenheit vorzugehen“ (Nr. 5, S. 79). Das wird geschrieben, obwohl doch seit Jahren in Deutschland, Frankreich und den USA eine beachtliche katholische Publizistik wirkt (einschließlich der Herder-Korrespondenz), die gegen die spanischen Zustände ernste Bedenken erhoben hat, und obwohl das Buch des Jesuiten P. Albert Hartmann „Toleranz und christlicher Glaube“ (J. Knecht, Frankfurt 1955) geschrieben wurde, von den ständigen Mahnungen des Papstes zur Zusammenarbeit aller Christen ganz zu schweigen, die man leider nicht dokumentiert (vgl. dazu etwa unsere Meldung über das „Welt“-Interview, S. 351 des Heftes). In dem Buch von P. Hartmann wird ausführlich bewiesen, daß „die These des katholischen Staates nicht die Lehre der Kirche ist“ (S. 225 f.).

### Dokumente der Krise

Das folgende Heft Nr. 6 des „Informationsblattes“ bringt dokumentarische Beweise, die ein Aufsatz des lutherischen Landesbischofs in Schleswig, Wilhelm Halfmann, Kiel, über „Unser Verhältnis zur katholischen Kirche“ einleitet. Anknüpfend an Asmussens These, daß „das Verhältnis zwischen katholischer und evangelischer Kirche in Bewegung geraten“ sei, geht er auf die Krise dieses Verhältnisses ein, die „in einer auch viele Evangelische überraschenden Weise“ durch Landesbischof D. Lilje offenbar gemacht worden sei. Sein Auftreten sei jedoch keine Provokation, sondern nur eine Antwort, die auf Gründen be-

ruhe. Dann folgen diese Gründe, die hernach Pfarrer Joh. Meister vom Landeskirchenamt Hannover in „Dokumenten zum evangelisch-katholischen Verhältnis seit 1948“ zu belegen sucht (S. 85—92). Am Ende wird mit dem Hinweis auf einen vorbildlichen Artikel von P. Oskar Simmel in den „Stimmen der Zeit“ die Hoffnung geäußert, „daß wir die Maßstäbe des interkonfessionellen Gesprächs wiedergewinnen“.

Welche Maßstäbe wünscht sich das „Informationsblatt“? Man erkennt es an seiner Dokumentation. Eine „erste Störung“ der interkonfessionellen Annäherung, so heißt es, brachte der Eingriff der Kurie in die Una-Sancta-Arbeit (Monitum, *Instructio Ecclesia Catholica, Humani generis* und Mariendogma). „Diese kuriale Aktion lähmte die Freudigkeit des echten Gesprächs“, weil hinter jedem katholischen Partner „das ganze Schwergewicht der weltumspannenden Institution der römischen Kirche“ sichtbar wird, einer Kirche, die zudem „auf dem Wege voranschreitet, der immer weiter von dem einen apostolischen Evangelium wegführt“ (Marienweihe, Fest des Königtums Mariens, Maßnahmen gegen die Marienschrift von Dr. J. Pinski). Es folgen die innerkatholische Opposition gegen die Marienweihe, eine Herausstellung des Buches von P. Brockmüller, der Papstbrief an die Jubiläumsfeier in Augsburg und Prof. O. Mauers dortige Abendlandrede. Das ist ungefähr der I. Teil der Dokumente, der „die Wurzel“ der Auseinandersetzung aufdecken soll. Der II. Teil behandelt das Problem Spanien, den „neuralgischen Punkt“ der Toleranzfrage zwischen den Kirchen. Dabei wird leider die Rede des Kardinals Ottaviani vom 2. März 1953 (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 295) mit der Toleranzrede des Papstes vom 6. Dezember gleichen Jahres (vgl. Herder-Korrespondenz 8. Jhg., 173 ff.) in einen Topf geworfen, wiederum ohne das zitierte Buch von P. Hartmann SJ zurate zu ziehen. Der III. Teil behandelt die katholische Erregung über bekannte Reden des Landesbischofs D. Lilje, ohne aber seinen vertraulichen Reformationsbrief heranzuziehen, weil er „nicht zur Veröffentlichung bestimmt war“. Er ist aber veröffentlicht worden und er hat wesentlich die katholische Erregung hervorgerufen. Ebenso werden die von katholischer Seite veröffentlichten Zahlen der katholischen Gläubigen in jenen Bezirken, wo kirchliche „Stützpunkte“ zu ihrer Pastorierung, aber doch nicht für eine Gegenreformation, errichtet werden mußten, als „für unseren Zusammenhang unerheblich“ bezeichnet, obwohl diese Zahlen alles erklären würden. Bischof Halfmann spricht in dieser Sache von einer „überanstrengten Diasporapflege“.

Es ist schon gut, daß wir einmal uns selbst durch eine norddeutsche lutherische Brille kennenlernen. Die dabei verwendeten Maßstäbe, die man sich für ein „echtes Gespräch“ wünscht, bei dem die katholische Autorität aus dem Spiel bleiben soll, dokumentieren leider eine protestantische Intoleranz gegenüber der eindeutigen geoffenbarten Wahrheit, die der Kirche anvertraut und bei der unser Gewissen gefangen ist. An ihrer Stelle soll ein gemeinsames Suchen nach der Wahrheit treten, die ja im lutherischen Bereich durchaus nicht einheitlich ist, wenn man an die Auffassung von der Kirche, vom Abendmahl, vom christologischen Dogma und nicht zuletzt von Luther selber denkt. Es soll auch wieder der alte „schöpferische“ Una-Sancta-Kurs gesteuert werden, etwa wie in der Ökumenischen Bewegung, so daß ein Ausgleich der verschiedenen Glaubenserfahrungen stattfinden kann. Es ist

indessen von der kirchlichen Autorität wiederholt erklärt worden, warum uns diese Form des „Gesprächs“ nicht möglich ist. Unser Gewissen erlaubt uns nicht den Gebrauch dieser Maßstäbe, was durchaus nicht hindert, daß wir redlich bemüht sind, für das Gemeinwohl und die Freiheit des christlichen Glaubens zusammenzuarbeiten.

P. Hartmann hat es in seinem wahrhaft irenischen Buch (Kapitel IV) klargemacht: Das Ideal der Kirche ist nicht Anarchie, sondern Harmonie der Geister. „Für katholisches Verständnis ist Toleranz und Religionsfreiheit ein Dulden des Irrtums und nicht einfach Ausdruck objektiver Ordnung. Aber unter der Voraussetzung der Glaubensverschiedenheit kann die Toleranz die gebotene Regel sein. Das Ideal, von dem man sich entfernt weiß, wenn Freiheit der Betätigung auch für religiöse Irrtümer gewährt wird, ist nicht der katholische Staat, der den nicht-katholischen Kult aus der Öffentlichkeit verweist, sondern der Zustand der menschlichen Gesellschaft, in dem Toleranz nicht nötig ist, weil alle im Bekenntnis der Wahrheit eins sind. Das ist ein großer Unterschied. Die Unvollkommenheit der Wirklichkeit, der Zustand, der nicht sein sollte, liegt nicht in der Toleranz, die geübt wird, sondern in der Tatsache der menschlichen Irrtümer, die unüberwindlich sind, und die Toleranz ist nur eine objektiv richtige Weise des Verhaltens, die der wirklichen Lage der menschlichen Gesellschaft entspricht“, einer Gesellschaft, die auf der Achtung vor der Freiheit und Würde der Person beruht. „Es ist vollkommen richtig, daß es für die Wahrheit und den Irrtum ein verschiedenes Maß geben muß: man kann nicht die Wahrheit dem Irrtum gleichstellen . . . In diesem Sinne ist es wahr, daß es Heuchelei oder Mangel an Logik wäre, wenn die katholische Kirche einer anderen Religion ein gleiches Recht auf Dasein zuerkennen würde. . . Der Verzicht darauf, Angehörige anderer Bekenntnisse unter beschränkende Ausnahmegesetze zu stellen, weil man denselben Verzicht anderer Staaten den eigenen Glaubensgenossen gegenüber für recht hält, bedeutet keine Gleichstellung des eigenen Glaubens mit anderen, sondern eine Gleichstellung der Menschen, die nach ihrer Überzeugung leben, und sie kann gerade von der Verantwortung für die Wahrheit und für die Menschen um der Wahrheit willen gefordert werden!“ (S. 218.)

Innerhalb der CDU/CSU weiß man um diese Maßstäbe einer interkonfessionellen Zusammenarbeit und um unsere katholischen Gewissensbindungen, und so wird man mit den praktischen Schwierigkeiten fertig. Die Störung kommt weder von Rom noch von einem in Deutschland kaum vorhandenen „militanten Katholizismus“. Sind es nicht eher Erinnerungen politischer Natur? Wir lesen zuweilen, daß man befürchtet, „der traditionell protestantische Raum“ in Norddeutschland sei durch die katholische Seelsorgsarbeit gefährdet, obwohl es doch ein Gottesgericht war, das nach dem Zusammenbruch von 1945 so viele katholische Flüchtlinge in den protestantischen und so viele protestantische Flüchtlinge in den katholischen Raum verschlagen hat, und durchaus keine Konfessionsstrategen. Nun haben wir hüben wie drüben die Pflicht, unsere Gläubigen einer geordneten und beständigen kirchlichen Betreuung zuzuführen. Der „protestantische Raum“ ist daher sowenig ein gültiger Maßstab für den konfessionellen Frieden wie der „katholische Staat“. Beide Konfessionen müssen umdenken und haben umzudenken gelernt. Die Maßstäbe für Deutschland sind

Gerechtigkeit und Achtung vor dem christlichen Glauben des anderen, dessen Ehre man nicht verdächtigen sollte, wenn er in der Einheit mit der kirchlichen Hierarchie lebt. Unsere Pflicht ist es, den Frieden in einer nun einmal in den meisten Gebieten „pluralistischen“ Gesellschaft zu bewahren. Dieser Dienst wird tatsächlich heute an so vielen Stellen treu und unscheinbar geleistet, daß jeder die schwere Verantwortung wägen muß, diese mühsam errungene Möglichkeit zu gefährden.

**Besuch amerikanischer Kirchenführer in der Sowjetunion** Die führenden Männer des „Nationalrats der Kirchen Christi in USA“ sind von ihrem Besuch in der Sowjetunion im März dieses Jahres zurückgekehrt und haben darüber einen bemerkenswerten Bericht veröffentlicht, der in seiner Nüchternheit wohltuend von Berichten deutscher Kirchenführer abweicht. Unter den Mitgliedern der amerikanischen Delegation, die von dem Präsidenten des Nationalrats, Eugene Carson Blake, geführt wurde, befanden sich auch Henry Knox Sherrill, Bischof der Protestant Episcopal Church und einer der Präsidenten des Weltrates der Kirchen, und Franklin Clark Fry, der Führer des amerikanischen Lutherrates und Vorsitzende des Zentralausschusses des Weltrates der Kirchen.

Die gemeinsame Erklärung geht davon aus, daß man in dieser Zeit internationaler Spannungen versucht habe, durch einen Besuch bei den Kirchenführern Rußlands eine Verständigung wenigstens unter den Christen zu erzielen. Das Experiment sei nützlich gewesen und nur ein erster Schritt zu weiterem schriftlichem Gedankenaustausch. Man habe eine große Gastfreundschaft angetroffen. An den Unterredungen mit den Orthodoxen nahmen auch die Lutheraner der baltischen Staaten teil. Darüber hinaus habe man zweimal mit Mitgliedern der Sowjetbehörde für religiöse Angelegenheiten gesprochen. Das Ergebnis aller Beobachtungen, die sich auf das kirchliche Gebiet beschränken, sei die Feststellung, daß „die Kirche und der Staat mindestens vorübergehend eine Anpassung aneinander erzielt haben“, obwohl die grundsätzliche Trennung von Kirche und Staat betont wurde. „Die größten Einschränkungen ergeben sich für die Kirche auf dem Gebiet

der Erziehung. Denn außer der religiösen Unterweisung durch die Eltern oder Priester — die zu gelegentlichem Besuch vorsprechen — gibt es keine religiöse Erziehung. Christliches Schrifttum ist fast ausschließlich auf liturgische Bücher beschränkt. Zweifellos sind die Kirchen im allgemeinen auf die eigenen Kräfte angewiesen. Sie betrachten ihre Aufgabe als die der Seelenrettung und Zurüstung für das ewige Leben. Im übrigen zeigen sie sich wenig besorgt um die sozialen und geistigen Lebensverhältnisse ihrer Gemeindeglieder. Überwiegend wird angenommen, daß die Wissenschaft der Bereich der Vernunft, die Religion der Bereich des Gefühls ist. Erziehung, Wirtschaft und Politik sind die Sorge des Staates, die gottesdienstliche Betreuung von der Wiege bis zum Grabe Aufgabe der Kirche.“ Die amerikanischen Besucher sehen in dieser Beschränkung der Kirche eine größere Gefahr als in der politischen Kontrolle.

„Diese allgemein vorherrschende Auffassung von der Sendung der Kirche ist u. E. unangemessen. Sie ist von den Kirchen nicht immer so engherzig verstanden worden wie heute in der Sowjetunion. Es besteht offensichtlich ein wesentlicher Unterschied zwischen der Auffassung von der Sendung der Kirche, wie wir sie heute in der Sowjetunion vorfinden, und der in unseren Kirchen vorherrschenden. Wir hoffen, daß weitere Gespräche ihnen und uns ein tieferes Verständnis der kirchlichen Sendung bringen werden . . .“

Der Bericht bringt sodann die bekannten Feststellungen, daß die Russische Kirche als Gegenleistung für die Freiheit des Gottesdienstes die Gleichschaltung mit der Politik der Sowjetregierung habe bringen müssen, was sich in ihrer Beteiligung an dem „Weltfriedensrat“ und der sowjetischen „Friedenspolitik“ zeige. „Wir machten es aber deutlich, daß die Mittel für die Herbeiführung des Friedens ebenso wichtig sind wie das Friedensziel . . . daß sich Frieden ohne Gerechtigkeit, Menschenrechte und wesentliche Freiheiten nicht erzielen läßt.“ Immerhin sei ein Anfang der Begegnung gemacht. Man erhofft sich auf die Dauer doch gewisse Einwirkungen auf die Russische Kirche, das heißt, man gibt sich dem Glauben hin, daß die Sowjetregierung eine Aktivierung der Russischen Kirche im Sinne der westlichen Vorstellungen hingehen läßt.

## Die Stimme des Papstes

### Die Osterbotschaft 1956

*Vor einer dichtgedrängten Menschenmenge auf dem Petersplatz in Rom und über den Vatikanischen Sender hat Papst Pius XII. am Ostersonntag folgende Botschaft an die Gläubigen und die ganze Welt gerichtet:*

Wie vom Siegesruf des auferstandenen Herrn geweckt und von seinem mystischen Glanz angestrahlt, seid ihr, geliebte Söhne und Töchter, hier zusammengekommen, um euer Hosanna mit dem Jubel der Engelschöre zu vereinigen: *Exultet iam Angelica turba caelorum* (Ostervigil). Der mächtige Chor eures Jubels, der an dieser an erhabenen und belebenden christlichen Erinnerungen so reichen Stätte widerhallt, bildet eine wunderbare Strophe des unaufhörlichen Hymnus, den die Kirche seit zweitausend Jahren ihrem göttlichen König, dem Sieger über den Tod, singt.

Es ist also jetzt würdig und recht, daß euer Hosanna für den auferstandenen Christus, das aus glückerfüllten Herzen aufsteigt, weil ihr in ihm das Licht, das Heil, das Leben gefunden habt, als Heilsbotschaft zu allen Menschen der Erde dringt und die Hoffnung neu belebt. Wir möchten daher, daß die Osterfeier dieses Jahr in erster Linie ein Mahnruf zum Glauben an Christus für die Völker werde, die ohne ihre Schuld das Heilswerk des Erlösers noch nicht kennen; an die, die umgekehrt seinen Namen aus dem Herzen und dem Geist der Völker auslöschen möchten; schließlich ganz besonders an jene Menschen geringen Glaubens, die sich von trügerischen Versprechungen täuschen lassen und bereit sind, die unschätzbaren christlichen Werte gegen die eines falschen irdischen Fortschritts einzutauschen. Möge bald die Stunde kom-